

Bildungspolitik: Nacharbeiten!

Mitteilung: GEW Hauptvorstand

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe bezieht kritisch Stellung zum Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Die chronische Unterfinanzierung der Bildungsbereiche in Deutschland werde unter diesen Rahmenbedingungen nicht beendet, die angekündigte Summe von sechs Milliarden Euro über die gesamte Legislaturperiode für alle Länder und Kommunen sei völlig unzureichend, bemängelt Tepe.

Die Länder erhalten nicht die erforderlichen Gelder, um gute Bildung für alle Menschen anbieten zu können. Zudem wird das Kooperationsverbot, das dem Bund untersagt, die Länder in der Bildung systematisch finanziell zu unterstützen, nicht aufgehoben. Die Ankündigung, der Bund wolle Länder und Kommunen über die gesamte Legislaturperiode um sechs Milliarden Euro für den Ausbau von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen entlasten, ist völlig unzureichend.

Den Ländern wird es angesichts der Knebelung durch die Schuldenbremse nicht möglich sein, den gesellschaftlichen Erwartungen an Bildung, Erziehung und Betreuung gerecht zu werden. Ansprüche und deren Finanzierung klaffen immer weiter auseinander. Diese Lücke kann und darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschlossen werden. Das Thema Bildungsfinanzierung bleibt eine Baustelle. Vier Jahre bildungspolitischen Stillstand während der Großen Koalition werden die Menschen nicht akzeptieren. In der laufenden Wahlperiode muss nachgearbeitet werden. Die Gesellschaft will die Beteiligung des Bundes an Finanzierung und Ausbau von Ganztagschulen und Schulsozialarbeit.

Eine BAföG-Reform muss und wird kommen, egal, ob sie im Koalitionsvertrag steht oder nicht. Wir werden dafür im Gespräch mit der Politik massiv Druck entfalten. Eltern, aber auch Arbeitgeber erwarten qualitativ hochwertige Krippen und Kitas, die den Kindern ganztägig ein gutes Bildungsangebot machen. Die GEW wird weiterhin auf ein Qualitätsgesetz drängen und zugleich die notwendigen Finanzmittel für die Länder und Kommunen einfordern. Eltern wollen gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher. Dafür muss der Staat die Kapazitäten an den Fach(hoch)schulen ausbauen. Die Aufwertung des Berufes und ein besserer Verdienst der Erzieherinnen stehen ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Auch hierfür müssen Länder und Kommunen finanzielle Spielräume erhalten.

Die Große Koalition will in der Gesellschaft eine Willkommens- und Anerkennungskultur stärken. In allen Bereichen sollen Menschen mit Behinderungen selbstverständlich dazugehören – und zwar von Anfang an. Dafür ist es notwendig, die Sozialgesetzgebung im

Sinne einer verstärkt dauerhaft gesicherten Förderung zu überarbeiten. Ausgerechnet das Bildungswesen erwähnen die Koalitionäre bei der Inklusion nicht. Die GEW wird nicht nachlassen, die Teilhabeansprüche in einem inklusiven Bildungswesen zu stärken und auch die Mittel, um diese Ansprüche auszugestalten, einzufordern.

Sie wird bei der Realisierung konkreter Vorhaben ihre Chancen nutzen und ihre Expertise bei Gesetzesvorhaben einbringen: Im Übergang von Schule und Beruf wollen Union und Sozialdemokraten den Ausbildungspakt gemeinsam mit den Sozialpartnern zu einer „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ weiterentwickeln.

Die Gesellschaft will es auch nicht hinnehmen, dass es in Deutschland 7,5 Millionen funktionale Analphabeten gibt. Genauso wenig wie sie akzeptiert, dass die Menschen, die in der Weiterbildung arbeiten, prekär beschäftigt sind. Unsere Vorschläge für ein Recht auf Bildung und gute Arbeitsbedingungen liegen auf dem Tisch.

Die Grundfinanzierung der Hochschulen soll auf Zeit gesichert werden. Der Bund will außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative mit drei Milliarden Euro finanzieren. Es wird aber einen neuen Anlauf für dauerhafte Regelungen, an denen sich der Bund beteiligt, geben müssen. Zu den bildungspolitischen Lichtblicken im Koalitionsvertrag zählt, dass der Bund für verlässliche Karrierewege für das wissenschaftliche Personal sorgen will. Die GEW wird sich bei Gesetzesänderungen einmischen und nicht nachlassen, für eine bessere Finanzierung des Bildungswesens zu werben.

*Pressemitteilung v. 10.01.2014
Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende*